

## Bekanntmachung.

Mit Bezugnahme auf die in Nr. 115 der Gesessammlung publizierte Allerhöchste Verordnung vom 7. d. M., durch welche die beiden Häuser des Landtages der Monarchie, das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten, auf den 15. d. M. in die Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen worden sind, mache ich hierdurch bekannt, daß die besondere Benachrichtigung über den Ort und die Zeit der Eröffnungssitzung in dem Bureau des Herrenhauses und in dem Bureau des Hauses der Abgeordneten am 14. November in den Stunden von 8 Uhr früh bis Abends und am 15. November in den Morgenstunden offen liegen wird. In diesen Bureau werden auch die Legitimationskarten zu der Eröffnungssitzung ausgegeben und alle sonst erforderliche Mittheilungen in Bezug auf dieselbe gemacht werden.

Berlin, den 9. November 1867.

Der Minister des Innern.  
Graf Eulenburg.

## Deutschland.

Berlin, 11. Novbr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Amtmann a. D. Schneider zu Göttingen, früher zu Göttingen, dem Pro-Gymnasial-Director Hubert zu Siegburg und dem Superintendenten a. D. Dr. v. Bärner Homuth zu Trier, im Kreis Sorau, den rothen Adlerorden vierter Klasse, sowie dem Gymnasial-Director Hr. Schöen zu Nachen den königl. Kronorden dritter Klasse, dem Vorsitzenden des landwirthschaftlichen Provinzial-Vereins zu Uelsen, Gutspächter Kobbé zu Berlin bei Uelsen, den königl. Kronorden vierter Klasse, dem Rentanten der evangel. Kirche zu Süldorf, im Kreis Wangen, Kofstättchen Thiele, das allgemeine Ehrenzeichen, und dem Hafen- und Kribbmeister Johann Meber zu Neudorf, im Kreis Koblenz, die Rettungs-Medaille am Bande; ferner den Forst-Inspector Mayer zu Koblenz, v. Blum zu Merzbach, Grafen Waischaft zu Oppeln, Krohn zu Königsberg und Grömann zu Frankfurt a. O. den Charakter als Forstmeister; sowie dem als Vorstand des allgemeinen Finanz-Bureaus zu Hannover angestellten Rath Ludwig Fischer den Charakter als Geheimer Rechnungs-Rath verliehen; und den Gerichts-Assessor Robert Matthaeus zu Graubenz zum Garnison-Auditeur daselbst ernannt.

Der königl. Eisenbahn-Bau-Inspector Wilde zu Frankfurt a. O. ist zum königl. Eisenbahn-Bau-Inspector ernannt und demselben die Betriebs-Inspector-Stelle bei der Hannoverschen Eisenbahn zu Harburg verliehen worden. — Der Privatdocent Dr. Bachmann ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät zu Breslau ernannt worden. — Am evangel. Waisenhaus und Schullehrer-Seminar zu Königsberg D.-Pr. ist der Elementar-Lehrer Ladner als Hilfslehrer angestellt worden.

Dem Kaufmann N. Jacobson in Berlin ist unter dem 7. November 1867 ein Patent auf einen Hausbriefkasten mit selbstthätigem Signal- und Controlwerk auf fünf Jahre erteilt worden.

Dem Herrn Julius Lent in Berlin ist unter dem 9. November 1867 ein Patent auf einen durch Zeichnung und Beschreibung erläuterten Telegraphen-Apparat zum gleichzeitigen Befördern mehrerer Depeschen durch einen Draht, auf fünf Jahre erteilt worden.

Berlin, 11. Novbr. [Zu den Wahlen.] — Das Abgeordnetenhaus. Der Abg. Lasker hat das Mandat in Stettin abgelehnt, um das in Magdeburg anzunehmen. Berlin hat seit langer Zeit zum ersten Male keine Nachwahl vorzunehmen. Waldeck, Löwe, Dunder und Birchow sind in ihren früheren Wahlkreisen nicht wieder gewählt. Viele Mitglieder der national-liberalen Fraction sind nicht sehr erbaut von der großen Anzahl von Mitgliedern, welche sich ihr angeschlossen, hier und da macht sich die Ansicht geltend, daß es zu einer Trennung in eine rechte und eine linke Seite der Fraction kommen möchte, um die Zahl der Fraktionären noch zu vermehren. — Die Arbeiten im Abgeordnetenhaus sind übrigens noch keineswegs beendet, zahlreiche Handwerker sind zum Theil bis in die Nacht hinein beschäftigt, um die Renovierung zu beenden. Der Sitzungssaal sollte heute fertig hergerichtet sein, an den Nebenräumen bleibt noch viel zu thun übrig.

Berlin, 11. Novbr. [Landtagsvorlagen.] — Die Zeitungssteuer. — Der Nothstand in Ostpreußen. — Die Rinderpest in Schlesien. — Die Postconferenz. Das Staatsministerium ist gegenwärtig mit den Vorarbeiten für die nächste Landtagsession und namentlich mit der Thronrede beschäftigt, weshalb auch mehrere Mitglieder desselben der Einladung zu den königlichen Jagden nicht Folge leisten konnten. — Die Frage, ob Stempelsteuer oder Infratensteuer? wird sehr lebhaft von der Presse besprochen und haben sich die meisten der größten Blätter gegen die letzte Art von Steuer erklärt. Die alte Steuer könne man als eine bekannte annehmen, man habe sich an ihre Form und ihre Lasten schon gewöhnt, der neuen dagegen sehe man als einem unbekannten Etwas, das bedrohlich erscheine, mit Beforgnis entgegen; am besten allerdings sei keine von beiden Steuern. Wenn aber nun berichtet wird, daß die Regierung von der Einbringung eines dahin zielenden Gesetzentwurfes für diese Session Abstand nehme, so ist das wohl unrichtig. Die Regierung hat ja schon Sachverständige einberufen, welche die Frage begutachten sollen, und bis deren Meinungsäußerung eingegangen, werden deshalb wohl alle andern Beschlüsse in dieser Angelegenheit vertagt werden. Allerdings darf man sich nicht verhehlen, daß analog den Zeitungen nun wohl auch das Gutachten der Sachverständigen gegen die Infratensteuer ausfallen wird und dann müßte die Regierung freilich auf ihre etwaigen Abänderungspläne Verzicht leisten. — Weiter taucht das Gerücht von einer beabsichtigten Vorlage eines neuen Wahlgesetzes auf und wieder können wir dasselbe auf das Bestimmteste dementiren; diese Frage ist noch gar nicht in dies Stadium gelangt. — Dem Vernehmen nach beabsichtigt die Regierung mit Rücksicht auf den Nothstand in Ostpreußen die Summe von 500,000 Thalern als Beihilfe zu gewähren. — Der Geh. Ober-Reg.-Rath Oppermann ist von seiner Mission nach Schlesien wieder zurückgekehrt. Der dort stattgefundenen Ausbruch der Rinderpest ist einer der schlimmsten, welche Preußen in den letzten 50 Jahren zu erleiden gehabt hat. Der Verlust an Rindvieh beläuft sich schon auf mehrere 100 Stück, welche theils der Krankheit erliegen, theils aus Vorsicht getödtet worden sind. Die Infection erstreckt sich auf mehrere Kreise, am härtesten ist davon der Kreis Rastow betroffen, wo mehr als zwanzig Dörfer unter dem Ausbruche der Seuche leiden. Die militärischen Maßregeln zur Befreiung der österrheinischen Grenze und Abschließung der von der Seuche heimgegriffenen Dörfer und Höfe sind sehr umfangreich; 12 Bataillone sind zur Verwendung gekommen. Der so vielfache Ausbruch der Krankheit scheint dadurch herbeigeführt worden zu sein, daß ein ausgebreiteter Schmuggel mit Vieh diejenige Grenzstrecke, welche gegen Oesterreich wegen der dort ausgebrochenen Rindviehseuche abgesperrt war, umging und krankes oder inficirtes Vieh einfuhrte. Jetzt ist an der ganzen österrheinischen Grenze ein militärischer Gorden gezogen; die Strecke, welche damals gegen Oesterreich abgesperrt war, ging so weit, wie dies in der Regel der Fall ist. — Die Annahme, daß Bevollmächtigte der Postconferenz in der vergangenen Woche nach Hause gereist seien, um

Instruktionen zu holen, bestätigt sich nicht. Es hatten Einige derselben einen Ausflug gemacht, um in Hamburg einen freundschaftlichen Besuch abzustatten. Jedoch der Fall, daß sich Bevollmächtigte Instruktionen für gewisse Fragen aus ihrer Heimath erbeten haben, wie das bei solchen Verhandlungen nicht zu vermeiden, ist öfter eingetreten; die Arbeiten der Konferenz erleiden jedoch hierdurch keinen Aufschub, und man sieht einer vollen Verständigung mit Zuversicht entgegen; der Schluß der Konferenz wird voraussichtlich in 14 Tagen erfolgen.

Berlin, 11. Novbr. [Die Verurtheilung Twesten's.] Die VII. Deputation des Criminalgerichts (Vorsitzender: Graf v. Bredow, Beisitzer: Stadtgerichtsrath Räte Bach und v. Schrötter) verhandelte heute abermals in der gegen den Stadtgerichtsrath Twesten erhobenen Anklage wegen einer im Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede. Es handelte sich um die vielfach besprochene Rede Twesten's bei Gelegenheit der Beratung des Aufgebots in der 54. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. Mai 1865. Diese Rede hat den bekannten Ober-Tribunal-Beschluß über Art. 84 der Verfassungsurkunde hervorgerufen. Sowohl in erster Instanz wie vom königl. Kammergericht wurde angenommen, daß die Rede in elf verschiedenen Punkten verleumderische Beleidigungen von Behörden und Beamten enthielt, der Angeklagte wurde indessen freigesprochen, weil zugleich angenommen wurde, daß der Artikel 84 der Verfassung ihn gegen eine strafrechtliche Abhandlung für seine im Abgeordnetenhaus gehaltenen Äußerungen schütze. Auf die von der Staats-Anwaltschaft eingeleitete Nichtigkeitsbeschwerde vernichtete der erste Criminal-Senat des Ober-Tribunals auf Grund der bekannten Entscheidung des höchsten Gerichtshofes diese beiden Entscheidungen und verwies die Sache zur abermaligen Verhandlung und Entscheidung in die erste Instanz zurück. In dem Verlaufe auf heute anberaumten neuen Audienstermine war der Angeklagte Twesten nicht erschienen, weshalb in contumaciam gegen ihn verfahren wurde. Sowohl in der Voruntersuchung, als auch in dem früheren Audienstermine erster Instanz hatte Twesten mit Rücksicht auf den Artikel 84 der Verfassungsurkunde jede gerichtliche Erklärung abgelehnt. Nachdem die incriminirte Rede vorgelesen worden, ergriß der Staatsanwalt Schütz zur Begründung der Anklage das Wort. Der Gegenstand der Untersuchung, so führte er aus, seien Äußerungen, welche der Angeklagte als Mitglied des Abgeordnetenhauses in der Ausübung seines Berufs gethan habe. Die bei den bisherigen Verhandlungen in den Vordergrund getretene Frage, wie weit der Art. 84 der Verfassung den Angeklagten schütze, sei durch das Erkenntnis des Ober-Tribunals entgiltig entschieden worden. Dieses Erkenntnis stelle den Grundsatz auf, daß die durch Art. 84 gewährte Straffreiheit sich nur auf Beleidigungen im engeren Sinne erstrecke, nicht aber auf Verleumdungen, und von diesem Gesichtspunkte aus müsse die incriminirte Rede beurtheilt werden. Der Staatsanwalt wies demnach nach, daß verschiedene Behauptungen des Angeklagten unwahr und deshalb geeignet seien, die davon betroffenen Behörden und Beamten dem Haß und der Verachtung auszuweihen. Der § 154 des St.-G.-B. könne zwar auf Fälle wie die vorliegenden zur Anwendung gebracht werden, aber er stehe dem Angeklagten nicht zur Seite, weil sowohl aus dem Inhalte, wie aus der Form der Rede die Absicht zu beileiden klar hervorgehe. Der Umstand, daß der Angeklagte sich in Bezug auf den Art. 84 der Verfassung in einem Rechtsirrtum befunden habe, könne bei den vorliegenden übrigen Strafschärfungsgründen eine Milderung nicht herbeiführen, und halte deshalb den früheren Antrag auf zweijährige Gefängnisstrafe aufrecht. Zugleich beantragte er die Veröffentlichung des Erkenntnisses in der „Post, Ztg.“, und zwar an der Stelle, wo die Landtags-Verhandlungen ihren Platz finden. Der Gerichtshof berieth länger als eine Stunde und erkannte, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, auf eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren gegen Twesten. In den Gründen des Erkenntnisses schloß sich der Gerichtshof den Ausführungen des Staatsanwalts an. In dem Urtheile, daß der Angeklagte die incriminirten Äußerungen auf der Tribüne des Abgeordnetenhauses gethan, fand der Gerichtshof einen Strafschärfungsgrund und erkannte deshalb auf die höchste gesetzliche Strafe. Ebenso wurde nach dem Antrage des Staatsanwalts auf Veröffentlichung des Urtheils erkannt. — Diese Anklage fällt natürlich noch unter die Amnestie des vorigen Jahres.

Berlin, 11. Novbr. [Die Verurtheilung Twesten's.] Die VII. Deputation des Criminalgerichts (Vorsitzender: Graf v. Bredow, Beisitzer: Stadtgerichtsrath Räte Bach und v. Schrötter) verhandelte heute abermals in der gegen den Stadtgerichtsrath Twesten erhobenen Anklage wegen einer im Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede. Es handelte sich um die vielfach besprochene Rede Twesten's bei Gelegenheit der Beratung des Aufgebots in der 54. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. Mai 1865. Diese Rede hat den bekannten Ober-Tribunal-Beschluß über Art. 84 der Verfassungsurkunde hervorgerufen. Sowohl in erster Instanz wie vom königl. Kammergericht wurde angenommen, daß die Rede in elf verschiedenen Punkten verleumderische Beleidigungen von Behörden und Beamten enthielt, der Angeklagte wurde indessen freigesprochen, weil zugleich angenommen wurde, daß der Artikel 84 der Verfassung ihn gegen eine strafrechtliche Abhandlung für seine im Abgeordnetenhaus gehaltenen Äußerungen schütze. Auf die von der Staats-Anwaltschaft eingeleitete Nichtigkeitsbeschwerde vernichtete der erste Criminal-Senat des Ober-Tribunals auf Grund der bekannten Entscheidung des höchsten Gerichtshofes diese beiden Entscheidungen und verwies die Sache zur abermaligen Verhandlung und Entscheidung in die erste Instanz zurück. In dem Verlaufe auf heute anberaumten neuen Audienstermine war der Angeklagte Twesten nicht erschienen, weshalb in contumaciam gegen ihn verfahren wurde. Sowohl in der Voruntersuchung, als auch in dem früheren Audienstermine erster Instanz hatte Twesten mit Rücksicht auf den Artikel 84 der Verfassungsurkunde jede gerichtliche Erklärung abgelehnt. Nachdem die incriminirte Rede vorgelesen worden, ergriß der Staatsanwalt Schütz zur Begründung der Anklage das Wort. Der Gegenstand der Untersuchung, so führte er aus, seien Äußerungen, welche der Angeklagte als Mitglied des Abgeordnetenhauses in der Ausübung seines Berufs gethan habe. Die bei den bisherigen Verhandlungen in den Vordergrund getretene Frage, wie weit der Art. 84 der Verfassung den Angeklagten schütze, sei durch das Erkenntnis des Ober-Tribunals entgiltig entschieden worden. Dieses Erkenntnis stelle den Grundsatz auf, daß die durch Art. 84 gewährte Straffreiheit sich nur auf Beleidigungen im engeren Sinne erstrecke, nicht aber auf Verleumdungen, und von diesem Gesichtspunkte aus müsse die incriminirte Rede beurtheilt werden. Der Staatsanwalt wies demnach nach, daß verschiedene Behauptungen des Angeklagten unwahr und deshalb geeignet seien, die davon betroffenen Behörden und Beamten dem Haß und der Verachtung auszuweihen. Der § 154 des St.-G.-B. könne zwar auf Fälle wie die vorliegenden zur Anwendung gebracht werden, aber er stehe dem Angeklagten nicht zur Seite, weil sowohl aus dem Inhalte, wie aus der Form der Rede die Absicht zu beileiden klar hervorgehe. Der Umstand, daß der Angeklagte sich in Bezug auf den Art. 84 der Verfassung in einem Rechtsirrtum befunden habe, könne bei den vorliegenden übrigen Strafschärfungsgründen eine Milderung nicht herbeiführen, und halte deshalb den früheren Antrag auf zweijährige Gefängnisstrafe aufrecht. Zugleich beantragte er die Veröffentlichung des Erkenntnisses in der „Post, Ztg.“, und zwar an der Stelle, wo die Landtags-Verhandlungen ihren Platz finden. Der Gerichtshof berieth länger als eine Stunde und erkannte, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, auf eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren gegen Twesten. In den Gründen des Erkenntnisses schloß sich der Gerichtshof den Ausführungen des Staatsanwalts an. In dem Urtheile, daß der Angeklagte die incriminirten Äußerungen auf der Tribüne des Abgeordnetenhauses gethan, fand der Gerichtshof einen Strafschärfungsgrund und erkannte deshalb auf die höchste gesetzliche Strafe. Ebenso wurde nach dem Antrage des Staatsanwalts auf Veröffentlichung des Urtheils erkannt. — Diese Anklage fällt natürlich noch unter die Amnestie des vorigen Jahres.

Berlin, 11. Novbr. [Die Verurtheilung Twesten's.] Die VII. Deputation des Criminalgerichts (Vorsitzender: Graf v. Bredow, Beisitzer: Stadtgerichtsrath Räte Bach und v. Schrötter) verhandelte heute abermals in der gegen den Stadtgerichtsrath Twesten erhobenen Anklage wegen einer im Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede. Es handelte sich um die vielfach besprochene Rede Twesten's bei Gelegenheit der Beratung des Aufgebots in der 54. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. Mai 1865. Diese Rede hat den bekannten Ober-Tribunal-Beschluß über Art. 84 der Verfassungsurkunde hervorgerufen. Sowohl in erster Instanz wie vom königl. Kammergericht wurde angenommen, daß die Rede in elf verschiedenen Punkten verleumderische Beleidigungen von Behörden und Beamten enthielt, der Angeklagte wurde indessen freigesprochen, weil zugleich angenommen wurde, daß der Artikel 84 der Verfassung ihn gegen eine strafrechtliche Abhandlung für seine im Abgeordnetenhaus gehaltenen Äußerungen schütze. Auf die von der Staats-Anwaltschaft eingeleitete Nichtigkeitsbeschwerde vernichtete der erste Criminal-Senat des Ober-Tribunals auf Grund der bekannten Entscheidung des höchsten Gerichtshofes diese beiden Entscheidungen und verwies die Sache zur abermaligen Verhandlung und Entscheidung in die erste Instanz zurück. In dem Verlaufe auf heute anberaumten neuen Audienstermine war der Angeklagte Twesten nicht erschienen, weshalb in contumaciam gegen ihn verfahren wurde. Sowohl in der Voruntersuchung, als auch in dem früheren Audienstermine erster Instanz hatte Twesten mit Rücksicht auf den Artikel 84 der Verfassungsurkunde jede gerichtliche Erklärung abgelehnt. Nachdem die incriminirte Rede vorgelesen worden, ergriß der Staatsanwalt Schütz zur Begründung der Anklage das Wort. Der Gegenstand der Untersuchung, so führte er aus, seien Äußerungen, welche der Angeklagte als Mitglied des Abgeordnetenhauses in der Ausübung seines Berufs gethan habe. Die bei den bisherigen Verhandlungen in den Vordergrund getretene Frage, wie weit der Art. 84 der Verfassung den Angeklagten schütze, sei durch das Erkenntnis des Ober-Tribunals entgiltig entschieden worden. Dieses Erkenntnis stelle den Grundsatz auf, daß die durch Art. 84 gewährte Straffreiheit sich nur auf Beleidigungen im engeren Sinne erstrecke, nicht aber auf Verleumdungen, und von diesem Gesichtspunkte aus müsse die incriminirte Rede beurtheilt werden. Der Staatsanwalt wies demnach nach, daß verschiedene Behauptungen des Angeklagten unwahr und deshalb geeignet seien, die davon betroffenen Behörden und Beamten dem Haß und der Verachtung auszuweihen. Der § 154 des St.-G.-B. könne zwar auf Fälle wie die vorliegenden zur Anwendung gebracht werden, aber er stehe dem Angeklagten nicht zur Seite, weil sowohl aus dem Inhalte, wie aus der Form der Rede die Absicht zu beileiden klar hervorgehe. Der Umstand, daß der Angeklagte sich in Bezug auf den Art. 84 der Verfassung in einem Rechtsirrtum befunden habe, könne bei den vorliegenden übrigen Strafschärfungsgründen eine Milderung nicht herbeiführen, und halte deshalb den früheren Antrag auf zweijährige Gefängnisstrafe aufrecht. Zugleich beantragte er die Veröffentlichung des Erkenntnisses in der „Post, Ztg.“, und zwar an der Stelle, wo die Landtags-Verhandlungen ihren Platz finden. Der Gerichtshof berieth länger als eine Stunde und erkannte, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, auf eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren gegen Twesten. In den Gründen des Erkenntnisses schloß sich der Gerichtshof den Ausführungen des Staatsanwalts an. In dem Urtheile, daß der Angeklagte die incriminirten Äußerungen auf der Tribüne des Abgeordnetenhauses gethan, fand der Gerichtshof einen Strafschärfungsgrund und erkannte deshalb auf die höchste gesetzliche Strafe. Ebenso wurde nach dem Antrage des Staatsanwalts auf Veröffentlichung des Urtheils erkannt. — Diese Anklage fällt natürlich noch unter die Amnestie des vorigen Jahres.

Berlin, 11. Novbr. [Die Verurtheilung Twesten's.] Die VII. Deputation des Criminalgerichts (Vorsitzender: Graf v. Bredow, Beisitzer: Stadtgerichtsrath Räte Bach und v. Schrötter) verhandelte heute abermals in der gegen den Stadtgerichtsrath Twesten erhobenen Anklage wegen einer im Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede. Es handelte sich um die vielfach besprochene Rede Twesten's bei Gelegenheit der Beratung des Aufgebots in der 54. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. Mai 1865. Diese Rede hat den bekannten Ober-Tribunal-Beschluß über Art. 84 der Verfassungsurkunde hervorgerufen. Sowohl in erster Instanz wie vom königl. Kammergericht wurde angenommen, daß die Rede in elf verschiedenen Punkten verleumderische Beleidigungen von Behörden und Beamten enthielt, der Angeklagte wurde indessen freigesprochen, weil zugleich angenommen wurde, daß der Artikel 84 der Verfassung ihn gegen eine strafrechtliche Abhandlung für seine im Abgeordnetenhaus gehaltenen Äußerungen schütze. Auf die von der Staats-Anwaltschaft eingeleitete Nichtigkeitsbeschwerde vernichtete der erste Criminal-Senat des Ober-Tribunals auf Grund der bekannten Entscheidung des höchsten Gerichtshofes diese beiden Entscheidungen und verwies die Sache zur abermaligen Verhandlung und Entscheidung in die erste Instanz zurück. In dem Verlaufe auf heute anberaumten neuen Audienstermine war der Angeklagte Twesten nicht erschienen, weshalb in contumaciam gegen ihn verfahren wurde. Sowohl in der Voruntersuchung, als auch in dem früheren Audienstermine erster Instanz hatte Twesten mit Rücksicht auf den Artikel 84 der Verfassungsurkunde jede gerichtliche Erklärung abgelehnt. Nachdem die incriminirte Rede vorgelesen worden, ergriß der Staatsanwalt Schütz zur Begründung der Anklage das Wort. Der Gegenstand der Untersuchung, so führte er aus, seien Äußerungen, welche der Angeklagte als Mitglied des Abgeordnetenhauses in der Ausübung seines Berufs gethan habe. Die bei den bisherigen Verhandlungen in den Vordergrund getretene Frage, wie weit der Art. 84 der Verfassung den Angeklagten schütze, sei durch das Erkenntnis des Ober-Tribunals entgiltig entschieden worden. Dieses Erkenntnis stelle den Grundsatz auf, daß die durch Art. 84 gewährte Straffreiheit sich nur auf Beleidigungen im engeren Sinne erstrecke, nicht aber auf Verleumdungen, und von diesem Gesichtspunkte aus müsse die incriminirte Rede beurtheilt werden. Der Staatsanwalt wies demnach nach, daß verschiedene Behauptungen des Angeklagten unwahr und deshalb geeignet seien, die davon betroffenen Behörden und Beamten dem Haß und der Verachtung auszuweihen. Der § 154 des St.-G.-B. könne zwar auf Fälle wie die vorliegenden zur Anwendung gebracht werden, aber er stehe dem Angeklagten nicht zur Seite, weil sowohl aus dem Inhalte, wie aus der Form der Rede die Absicht zu beileiden klar hervorgehe. Der Umstand, daß der Angeklagte sich in Bezug auf den Art. 84 der Verfassung in einem Rechtsirrtum befunden habe, könne bei den vorliegenden übrigen Strafschärfungsgründen eine Milderung nicht herbeiführen, und halte deshalb den früheren Antrag auf zweijährige Gefängnisstrafe aufrecht. Zugleich beantragte er die Veröffentlichung des Erkenntnisses in der „Post, Ztg.“, und zwar an der Stelle, wo die Landtags-Verhandlungen ihren Platz finden. Der Gerichtshof berieth länger als eine Stunde und erkannte, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, auf eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren gegen Twesten. In den Gründen des Erkenntnisses schloß sich der Gerichtshof den Ausführungen des Staatsanwalts an. In dem Urtheile, daß der Angeklagte die incriminirten Äußerungen auf der Tribüne des Abgeordnetenhauses gethan, fand der Gerichtshof einen Strafschärfungsgrund und erkannte deshalb auf die höchste gesetzliche Strafe. Ebenso wurde nach dem Antrage des Staatsanwalts auf Veröffentlichung des Urtheils erkannt. — Diese Anklage fällt natürlich noch unter die Amnestie des vorigen Jahres.

Berlin, 11. Novbr. [Die Verurtheilung Twesten's.] Die VII. Deputation des Criminalgerichts (Vorsitzender: Graf v. Bredow, Beisitzer: Stadtgerichtsrath Räte Bach und v. Schrötter) verhandelte heute abermals in der gegen den Stadtgerichtsrath Twesten erhobenen Anklage wegen einer im Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede. Es handelte sich um die vielfach besprochene Rede Twesten's bei Gelegenheit der Beratung des Aufgebots in der 54. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. Mai 1865. Diese Rede hat den bekannten Ober-Tribunal-Beschluß über Art. 84 der Verfassungsurkunde hervorgerufen. Sowohl in erster Instanz wie vom königl. Kammergericht wurde angenommen, daß die Rede in elf verschiedenen Punkten verleumderische Beleidigungen von Behörden und Beamten enthielt, der Angeklagte wurde indessen freigesprochen, weil zugleich angenommen wurde, daß der Artikel 84 der Verfassung ihn gegen eine strafrechtliche Abhandlung für seine im Abgeordnetenhaus gehaltenen Äußerungen schütze. Auf die von der Staats-Anwaltschaft eingeleitete Nichtigkeitsbeschwerde vernichtete der erste Criminal-Senat des Ober-Tribunals auf Grund der bekannten Entscheidung des höchsten Gerichtshofes diese beiden Entscheidungen und verwies die Sache zur abermaligen Verhandlung und Entscheidung in die erste Instanz zurück. In dem Verlaufe auf heute anberaumten neuen Audienstermine war der Angeklagte Twesten nicht erschienen, weshalb in contumaciam gegen ihn verfahren wurde. Sowohl in der Voruntersuchung, als auch in dem früheren Audienstermine erster Instanz hatte Twesten mit Rücksicht auf den Artikel 84 der Verfassungsurkunde jede gerichtliche Erklärung abgelehnt. Nachdem die incriminirte Rede vorgelesen worden, ergriß der Staatsanwalt Schütz zur Begründung der Anklage das Wort. Der Gegenstand der Untersuchung, so führte er aus, seien Äußerungen, welche der Angeklagte als Mitglied des Abgeordnetenhauses in der Ausübung seines Berufs gethan habe. Die bei den bisherigen Verhandlungen in den Vordergrund getretene Frage, wie weit der Art. 84 der Verfassung den Angeklagten schütze, sei durch das Erkenntnis des Ober-Tribunals entgiltig entschieden worden. Dieses Erkenntnis stelle den Grundsatz auf, daß die durch Art. 84 gewährte Straffreiheit sich nur auf Beleidigungen im engeren Sinne erstrecke, nicht aber auf Verleumdungen, und von diesem Gesichtspunkte aus müsse die incriminirte Rede beurtheilt werden. Der Staatsanwalt wies demnach nach, daß verschiedene Behauptungen des Angeklagten unwahr und deshalb geeignet seien, die davon betroffenen Behörden und Beamten dem Haß und der Verachtung auszuweihen. Der § 154 des St.-G.-B. könne zwar auf Fälle wie die vorliegenden zur Anwendung gebracht werden, aber er stehe dem Angeklagten nicht zur Seite, weil sowohl aus dem Inhalte, wie aus der Form der Rede die Absicht zu beileiden klar hervorgehe. Der Umstand, daß der Angeklagte sich in Bezug auf den Art. 84 der Verfassung in einem Rechtsirrtum befunden habe, könne bei den vorliegenden übrigen Strafschärfungsgründen eine Milderung nicht herbeiführen, und halte deshalb den früheren Antrag auf zweijährige Gefängnisstrafe aufrecht. Zugleich beantragte er die Veröffentlichung des Erkenntnisses in der „Post, Ztg.“, und zwar an der Stelle, wo die Landtags-Verhandlungen ihren Platz finden. Der Gerichtshof berieth länger als eine Stunde und erkannte, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, auf eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren gegen Twesten. In den Gründen des Erkenntnisses schloß sich der Gerichtshof den Ausführungen des Staatsanwalts an. In dem Urtheile, daß der Angeklagte die incriminirten Äußerungen auf der Tribüne des Abgeordnetenhauses gethan, fand der Gerichtshof einen Strafschärfungsgrund und erkannte deshalb auf die höchste gesetzliche Strafe. Ebenso wurde nach dem Antrage des Staatsanwalts auf Veröffentlichung des Urtheils erkannt. — Diese Anklage fällt natürlich noch unter die Amnestie des vorigen Jahres.

Berlin, 11. Novbr. [Die Verurtheilung Twesten's.] Die VII. Deputation des Criminalgerichts (Vorsitzender: Graf v. Bredow, Beisitzer: Stadtgerichtsrath Räte Bach und v. Schrötter) verhandelte heute abermals in der gegen den Stadtgerichtsrath Twesten erhobenen Anklage wegen einer im Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede. Es handelte sich um die vielfach besprochene Rede Twesten's bei Gelegenheit der Beratung des Aufgebots in der 54. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. Mai 1865. Diese Rede hat den bekannten Ober-Tribunal-Beschluß über Art. 84 der Verfassungsurkunde hervorgerufen. Sowohl in erster Instanz wie vom königl. Kammergericht wurde angenommen, daß die Rede in elf verschiedenen Punkten verleumderische Beleidigungen von Behörden und Beamten enthielt, der Angeklagte wurde indessen freigesprochen, weil zugleich angenommen wurde, daß der Artikel 84 der Verfassung ihn gegen eine strafrechtliche Abhandlung für seine im Abgeordnetenhaus gehaltenen Äußerungen schütze. Auf die von der Staats-Anwaltschaft eingeleitete Nichtigkeitsbeschwerde vernichtete der erste Criminal-Senat des Ober-Tribunals auf Grund der bekannten Entscheidung des höchsten Gerichtshofes diese beiden Entscheidungen und verwies die Sache zur abermaligen Verhandlung und Entscheidung in die erste Instanz zurück. In dem Verlaufe auf heute anberaumten neuen Audienstermine war der Angeklagte Twesten nicht erschienen, weshalb in contumaciam gegen ihn verfahren wurde. Sowohl in der Voruntersuchung, als auch in dem früheren Audienstermine erster Instanz hatte Twesten mit Rücksicht auf den Artikel 84 der Verfassungsurkunde jede gerichtliche Erklärung abgelehnt. Nachdem die incriminirte Rede vorgelesen worden, ergriß der Staatsanwalt Schütz zur Begründung der Anklage das Wort. Der Gegenstand der Untersuchung, so führte er aus, seien Äußerungen, welche der Angeklagte als Mitglied des Abgeordnetenhauses in der Ausübung seines Berufs gethan habe. Die bei den bisherigen Verhandlungen in den Vordergrund getretene Frage, wie weit der Art. 84 der Verfassung den Angeklagten schütze, sei durch das Erkenntnis des Ober-Tribunals entgiltig entschieden worden. Dieses Erkenntnis stelle den Grundsatz auf, daß die durch Art. 84 gewährte Straffreiheit sich nur auf Beleidigungen im engeren Sinne erstrecke, nicht aber auf Verleumdungen, und von diesem Gesichtspunkte aus müsse die incriminirte Rede beurtheilt werden. Der Staatsanwalt wies demnach nach, daß verschiedene Behauptungen des Angeklagten unwahr und deshalb geeignet seien, die davon betroffenen Behörden und Beamten dem Haß und der Verachtung auszuweihen. Der § 154 des St.-G.-B. könne zwar auf Fälle wie die vorliegenden zur Anwendung gebracht werden, aber er stehe dem Angeklagten nicht zur Seite, weil sowohl aus dem Inhalte, wie aus der Form der Rede die Absicht zu beileiden klar hervorgehe. Der Umstand, daß der Angeklagte sich in Bezug auf den Art. 84 der Verfassung in einem Rechtsirrtum befunden habe, könne bei den vorliegenden übrigen Strafschärfungsgründen eine Milderung nicht herbeiführen, und halte deshalb den früheren Antrag auf zweijährige Gefängnisstrafe aufrecht. Zugleich beantragte er die Veröffentlichung des Erkenntnisses in der „Post, Ztg.“, und zwar an der Stelle, wo die Landtags-Verhandlungen ihren Platz finden. Der Gerichtshof berieth länger als eine Stunde und erkannte, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, auf eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren gegen Twesten. In den Gründen des Erkenntnisses schloß sich der Gerichtshof den Ausführungen des Staatsanwalts an. In dem Urtheile, daß der Angeklagte die incriminirten Äußerungen auf der Tribüne des Abgeordnetenhauses gethan, fand der Gerichtshof einen Strafschärfungsgrund und erkannte deshalb auf die höchste gesetzliche Strafe. Ebenso wurde nach dem Antrage des Staatsanwalts auf Veröffentlichung des Urtheils erkannt. — Diese Anklage fällt natürlich noch unter die Amnestie des vorigen Jahres.

Berlin, 11. Novbr. [Die Verurtheilung Twesten's.] Die VII. Deputation des Criminalgerichts (Vorsitzender: Graf v. Bredow, Beisitzer: Stadtgerichtsrath Räte Bach und v. Schrötter) verhandelte heute abermals in der gegen den Stadtgerichtsrath Twesten erhobenen Anklage wegen einer im Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede. Es handelte sich um die vielfach besprochene Rede Twesten's bei Gelegenheit der Beratung des Aufgebots in der 54. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. Mai 1865. Diese Rede hat den bekannten Ober-Tribunal-Beschluß über Art. 84 der Verfassungsurkunde hervorgerufen. Sowohl in erster Instanz wie vom königl. Kammergericht wurde angenommen, daß die Rede in elf verschiedenen Punkten verleumderische Beleidigungen von Behörden und Beamten enthielt, der Angeklagte wurde indessen freigesprochen, weil zugleich angenommen wurde, daß der Artikel 84 der Verfassung ihn gegen eine strafrechtliche Abhandlung für seine im Abgeordnetenhaus gehaltenen Äußerungen schütze. Auf die von der Staats-Anwaltschaft eingeleitete Nichtigkeitsbeschwerde vernichtete der erste Criminal-Senat des Ober-Tribunals auf Grund der bekannten Entscheidung des höchsten Gerichtshofes diese beiden Entscheidungen und verwies die Sache zur abermaligen Verhandlung und Entscheidung in die erste Instanz zurück. In dem Verlaufe auf heute anberaumten neuen Audienstermine war der Angeklagte Twesten nicht erschienen, weshalb in contumaciam gegen ihn verfahren wurde. Sowohl in der Voruntersuchung, als auch in dem früheren Audienstermine erster Instanz hatte Twesten mit Rücksicht auf den Artikel 84 der Verfassungsurkunde jede gerichtliche Erklärung abgelehnt. Nachdem die incriminirte Rede vorgelesen worden, ergriß der Staatsanwalt Schütz zur Begründung der Anklage das Wort. Der Gegenstand der Untersuchung, so führte er aus, seien Äußerungen, welche der Angeklagte als Mitglied des Abgeordnetenhauses in der Ausübung seines Berufs gethan habe. Die bei den bisherigen Verhandlungen in den Vordergrund getretene Frage, wie weit der Art. 84 der Verfassung den Angeklagten schütze, sei durch das Erkenntnis des Ober-Tribunals entgiltig entschieden worden. Dieses Erkenntnis stelle den Grundsatz auf, daß die durch Art. 84 gewährte Straffreiheit sich nur auf Beleidigungen im engeren Sinne erstrecke, nicht aber auf Verleumdungen, und von diesem Gesichtspunkte aus müsse die incriminirte Rede beurtheilt werden. Der Staatsanwalt wies demnach nach, daß verschiedene Behauptungen des Angeklagten unwahr und deshalb geeignet seien, die davon betroffenen Behörden und Beamten dem Haß und der Verachtung auszuweihen. Der § 154 des St.-G.-B. könne zwar auf Fälle wie die vorliegenden zur Anwendung gebracht werden, aber er stehe dem Angeklagten nicht zur Seite, weil sowohl aus dem Inhalte, wie aus der Form der Rede die Absicht zu beileiden klar hervorgehe. Der Umstand, daß der Angeklagte sich in Bezug auf den Art. 84 der Verfassung in einem Rechtsirrtum befunden habe, könne bei den vorliegenden übrigen Strafschärfungsgründen eine Milderung nicht herbeiführen, und halte deshalb den früheren Antrag auf zweijährige Gefängnisstrafe aufrecht. Zugleich beantragte er die Veröffentlichung des Erkenntnisses in der „Post, Ztg.“, und zwar an der Stelle, wo die Landtags-Verhandlungen ihren Platz finden. Der Gerichtshof berieth länger als eine Stunde und erkannte, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, auf eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren gegen Twesten. In den Gründen des Erkenntnisses schloß sich der Gerichtshof den Ausführungen des Staatsanwalts an. In dem Urtheile, daß der Angeklagte die incriminirten Äußerungen auf der Tribüne des Abgeordnetenhauses gethan, fand der Gerichtshof einen Strafschärfungsgrund und erkannte deshalb auf die höchste gesetzliche Strafe. Ebenso wurde nach dem Antrage des Staatsanwalts auf Veröffentlichung des Urtheils erkannt. — Diese Anklage fällt natürlich noch unter die Amnestie des vorigen Jahres.

Berlin, 11. Novbr. [Die Verurtheilung Twesten's.] Die VII. Deputation des Criminalgerichts (Vorsitzender: Graf v. Bredow, Beisitzer: Stadtgerichtsrath Räte Bach und v. Schrötter) verhandelte heute abermals in der gegen den Stadtgerichtsrath Twesten erhobenen Anklage wegen einer im Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede. Es handelte sich um die vielfach besprochene Rede Twesten's bei Gelegenheit der Beratung des Aufgebots in der 54. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. Mai 1865. Diese Rede hat den bekannten Ober-Tribunal-Beschluß über Art. 84 der Verfassungsurkunde hervorgerufen. Sowohl in erster Instanz wie vom königl. Kammergericht wurde angenommen, daß die Rede in elf verschiedenen Punkten verleumderische Beleidigungen von Behörden und Beamten enthielt, der Angeklagte wurde indessen freigesprochen, weil zugleich angenommen wurde, daß der Artikel 84 der Verfassung ihn gegen eine strafrechtliche Abhandlung für seine im Abgeordnetenhaus gehaltenen Äußerungen schütze. Auf die von der Staats-Anwaltschaft eingeleitete Nichtigkeitsbeschwerde vernichtete der erste Criminal-Senat des Ober-Tribunals auf Grund der bekannten Entscheidung des höchsten Gerichtshofes diese beiden Entscheidungen und verwies die Sache zur abermaligen Verhandlung und Entscheidung in die erste Instanz zurück. In dem Verlaufe auf heute anberaumten neuen Audienstermine war der Angeklagte Twesten nicht erschienen, weshalb in contumaciam gegen ihn verfahren wurde. Sowohl in der Voruntersuchung, als auch in dem früheren Audienstermine erster Instanz hatte Twesten mit Rücksicht auf den Artikel 84 der Verfassungsurkunde jede gerichtliche Erklärung abgelehnt. Nachdem die incriminirte Rede vorgelesen worden, ergriß der Staatsanwalt Schütz zur Begründung der Anklage das Wort. Der Gegenstand der Untersuchung, so führte er aus, seien Äußerungen, welche der Angeklagte als Mitglied des Abgeordnetenhauses in der Ausübung seines Berufs gethan habe. Die bei den bisherigen Verhandlungen in den Vordergrund getretene Frage, wie weit der Art. 84 der Verfassung den Angeklagten schütze, sei durch das Erkenntnis des Ober-Tribunals entgiltig entschieden worden. Dieses Erkenntnis stelle den Grundsatz auf, daß die durch Art. 84 gewährte Straffreiheit sich nur auf Beleidigungen im engeren Sinne erstrecke, nicht aber auf Verleumdungen, und von diesem Gesichtspunkte aus müsse die incriminirte Rede beurtheilt werden. Der Staatsanwalt wies demnach nach, daß verschiedene Behauptungen des Angeklagten unwahr und deshalb geeignet seien, die davon betroffenen Behörden und Beamten dem Haß und der Verachtung auszuweihen. Der § 154 des St.-G.-B. könne zwar auf Fälle wie die vorliegenden zur Anwendung gebracht werden, aber er stehe dem Angeklagten nicht zur Seite, weil sowohl aus dem Inhalte, wie aus der Form der Rede die Absicht zu beileiden klar hervorgehe. Der Umstand, daß der Angeklagte sich in Bezug auf den Art. 84 der Verfassung in einem Rechtsirrtum befunden habe, könne bei den vorliegenden übrigen Strafschärfungsgründen eine Milderung nicht herbeiführen, und halte deshalb den früheren Antrag auf zweijährige Gefängnisstrafe aufrecht. Zugleich beantragte er die Veröffentlichung des Erkenntnisses in der „Post, Ztg.“, und zwar an der Stelle, wo die Landtags-Verhandlungen ihren Platz finden. Der Gerichtshof berieth länger als eine Stunde und erkannte, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, auf eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren gegen Twesten. In den Gründen des Erkenntnisses schloß sich der Gerichtshof den Ausführungen des Staatsanwalts an. In dem Urtheile, daß der Angeklagte die incriminirten Äußerungen auf der Tribüne des Abgeordnetenhauses gethan, fand der Gerichtshof einen Strafschärfungsgrund und erkannte deshalb auf die höchste gesetzliche Strafe. Ebenso wurde nach dem Antrage des Staatsanwalts auf Veröffentlichung des Urtheils erkannt. — Diese Anklage fällt natürlich noch unter die Amnestie des vorigen Jahres.

Berlin, 11. Novbr. [Die Verurtheilung Twesten's.] Die VII. Deputation des Criminalgerichts (Vorsitzender: Graf v. Bredow, Beisitzer: Stadtgerichtsrath Räte Bach und v. Schrötter) verhandelte heute abermals in der gegen den Stadtgerichtsrath Twesten erhobenen Anklage wegen einer im Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede. Es handelte sich um die vielfach besprochene Rede Twesten's bei Gelegenheit der Beratung des Aufgebots in der 54. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. Mai 1865. Diese Rede hat den bekannten Ober-Tribunal-Beschluß über Art. 84 der Verfassungsurkunde hervorgerufen. Sowohl in erster Instanz wie vom königl. Kammergericht wurde angenommen, daß die Rede in elf verschiedenen Punkten verleumderische Beleidigungen von Behörden und Beamten enthielt, der Angeklagte wurde indessen freigesprochen, weil zugleich angenommen wurde, daß der Artikel 84 der Verfassung ihn gegen eine strafrechtliche Abhandlung für seine im Abgeordnetenhaus gehaltenen Äußerungen schütze. Auf die von der Staats-Anwaltschaft eingeleitete Nichtigkeitsbeschwerde vernichtete der erste Criminal-Senat des Ober-Tribunals auf Grund der bekannten Entscheidung des höchsten Gerichtshofes diese beiden Entscheidungen und verwies die Sache zur abermaligen Verhandlung und Entscheidung in die erste Instanz zurück. In dem Verlaufe auf heute anberaumten neuen Audienstermine war der Angeklagte Twesten nicht erschienen, weshalb in contumaciam gegen ihn verfahren wurde. Sowohl in der Voruntersuchung, als auch in dem früheren Audienstermine erster Instanz hatte Twesten mit Rücksicht auf den Artikel 84 der Verfassungsurkunde jede gerichtliche Erklärung abgelehnt. Nachdem die incriminirte Rede vorgelesen worden, ergriß der Staatsanwalt Schütz zur Begründung der Anklage das Wort. Der Gegenstand der Untersuchung, so führte er aus, seien Äußerungen, welche der Angeklagte als Mitglied des Abgeordnetenhauses in der Ausübung seines Berufs gethan habe. Die bei den bisherigen Verhandlungen in den Vordergrund getretene Frage, wie weit der Art. 84 der Verfassung den Angeklagten schütze, sei durch das Erkenntnis des Ober-Tribunals entgiltig entschieden worden. Dieses Erkenntnis stelle den Grundsatz auf, daß die durch Art. 84 gewährte Straffreiheit sich nur auf Beleidigungen im engeren Sinne erstrecke, nicht aber auf Verleumdungen, und von diesem Gesichtspunkte aus müsse die incriminirte Rede beurtheilt werden. Der Staatsanwalt wies demnach nach, daß verschiedene Behauptungen des Angeklagten unwahr und deshalb geeignet seien, die davon betroffenen Behörden und Beamten dem Haß und der Verachtung auszuweihen. Der § 154 des St.-G.-B. könne zwar auf Fälle wie die vorliegenden zur Anwendung gebracht werden, aber er stehe dem Angeklagten nicht zur Seite, weil sowohl aus dem Inhalte, wie aus der Form der Rede die Absicht zu beileiden klar hervorgehe. Der Umstand, daß der Angeklagte sich in Bezug auf den Art. 84 der Verfassung in einem Rechtsirrtum befunden habe, könne bei den vorliegenden übrigen Strafschärfungsgründen eine Milderung nicht herbeiführen, und halte deshalb den früheren Antrag auf zweijährige Gefängnisstrafe aufrecht. Zugleich beantragte er die Veröffentlichung des Erkenntnisses in der „Post, Ztg.“, und zwar an der Stelle, wo die Landtags-Verhandlungen ihren Platz finden. Der Gerichtshof berieth länger als eine Stunde und erkannte, dem Antrage des Staatsanwalts gemäß, auf eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren gegen Twesten. In den Gründen des Erkenntnisses schloß sich der Gerichtshof den Ausführungen des Staatsanwalts an. In dem Urtheile, daß der Angeklagte die incriminirten Äußerungen auf der Tribüne des Abgeordnetenhauses gethan, fand der Gerichtshof einen Strafschärfungsgrund und erkannte deshalb auf die höchste gesetzliche Strafe. Ebenso wurde nach dem Antrage des Staatsanwalts auf Veröffentlichung des Urtheils erkannt. — Diese Anklage fällt natürlich noch unter die Amnestie des vorigen Jahres.

Berlin, 11. Novbr. [Die Verurtheilung Twesten's.] Die VII. Deputation des Criminalgerichts (Vorsitzender: Graf v. Bredow, Beisitzer: Stadtgerichtsrath Räte Bach und v. Schrötter) verhandelte heute abermals in der gegen den Stadtgerichtsrath Twesten erhobenen Anklage wegen einer im Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede. Es handelte sich um die vielfach besprochene Rede Twesten's bei Gelegenheit der Beratung des Aufgebots in der 54. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. Mai 1865. Diese Rede hat den bekannten Ober-Tribunal-Beschluß über Art. 84 der Verfassungsurkunde hervorgerufen. Sowohl in erster Instanz wie vom königl. Kammergericht wurde angenommen, daß die Rede in elf verschiedenen Punkten verleumderische Beleidigungen von Behörden und Beamten enthielt, der Angeklagte wurde indessen freigesprochen, weil zugleich angenommen wurde, daß der Artikel 84 der Verfassung ihn gegen eine strafrechtliche Abhandlung für seine im Abgeordnetenhaus gehaltenen Äußerungen schütze. Auf die von der Staats-Anwaltschaft eingeleitete Nichtigkeitsbeschwerde vernichtete der erste Criminal-Senat des Ober-Tribunals auf Grund der bekannten Entscheidung des höchsten Gerichtshofes diese beiden Entscheidungen und verwies die Sache zur abermaligen Verhandlung und Entscheidung in die erste Instanz zurück. In dem Verlaufe auf heute anberaumten neuen Audienstermine war der Angeklagte Twesten nicht erschienen, weshalb in contumaciam gegen ihn verfahren wurde. Sowohl in der Voruntersuchung, als auch in dem früheren Audienstermine erster Instanz hatte Twesten mit Rücksicht auf den Artikel 84 der Verfassungsurkunde jede gerichtliche Erklärung abgelehnt. Nachdem die incriminirte Rede vorgelesen worden, ergri



